

Antrag

Initiator*innen: SPD Landesparteitag

Titel: **Für eine nachhaltige Reform des
Verfassungsschutzes und für alternative Wege
der Stärkung der Demokratie und Bekämpfung
von Akteuren und Einstellungen
gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit**

Votum der Antragskommission

Block Inneres - Kommunales - Recht, nach INI03 vor K01

Antragstext

1 Der Landesparteitag möge beschließen und an den Bundesparteitag weiterleiten:

2 Die SPD setzt sich auf der Ebene des Freistaates und im Bund für die verstärkte
3 parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes (VS) ein. Zudem wird auf der
4 Ebene des Freistaates und des Bundes gefordert, dass der Verfassungsschutz sich
5 nicht als aktive Partnerin im Bereich der politischen Bildung engagiert.

6 Auch wenn die Abschaffung des Verfassungsschutzes auf Bundesebene sowie in den
7 Ländern eigentlich konsequent wäre, wollen wir mit dem Kompromiss einer besseren
8 Kontrolle, dem Verbot von politischer Bildungsarbeit seitens des Landesamtes für
9 Verfassungsschutz (LfV) und des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) sowie
10 der Förderung von besseren Wissenschafts- und Beratungsstrukturen, die das
11 Agieren des VS in diesen Feldern quasi überflüssig machen.

12 Wir stellen fest und fordern die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag auf:

13 **1. Nachhaltige Verbesserung der Kontrolle des LfV**

14 Die Kontrolle des Landesamtes für Verfassungsschutz durch die Parlamentarische
15 Kontrollkommission (PKK) und andere Strukturen sind weiter auszubauen und zu
16 verbessern. Dafür fordern wir u.a. die Einrichtung einer unabhängigen
17 Ombudsstelle, wo Beschwerden und andere Anliegen zum Themenkomplex
18 Verfassungsschutz im Freistaat vorgebracht und bearbeitet werden.

19 Diese Stelle darf nicht beim LfV angesiedelt sein, sie soll mindestens bei der
20 Staatskanzlei angesiedelt werden und mit umfassenden Kompetenzen zur Aufklärung
21 im engen Zusammenwirken mit der PKK ausgestattet sein.

22 Schon im Koalitionsvertrag ist die Einrichtung einer Fachstelle beim Sächsischen
23 Landtag verabredet. Diese muss endlich kommen und braucht umfassende Kompetenzen
24 zur Aufklärung und Zusammenarbeit mit der PKK.

25 **2. Transparenz beim Datenskandal**

26 Wir brauchen vollständige Transparenz und Aufklärung durch das Sächsische
27 Staatsministerium des Innern über Art, Umfang und Zahl der Betroffenen – es darf
28 kein Verstecken hinter fadenscheinigen Geheimhaltungsargumenten geben, was diese
29 umfassende Aufklärung betrifft.

30 Es muss eine aktive Benachrichtigung aller Betroffenen durch einen unabhängigen
31 vertrauensvollen Beauftragten geben. Und nicht erst nach Einreichen eines
32 Auskunftersuchens bei der Behörde.

33 **3. Ausschluss aus Runden Tischen und Sicherheitsnetzwerken**

34 Die Zivilgesellschaft hat seit über 20 Jahren mit dem Agieren des LfV zu tun.
35 Deren Fazit ist mehr als ernüchternd. Denn Mitglieder des Netzwerks Tolerantes
36 Sachsen sitzen in verschiedenen Gremien u.a. mit Mitarbeiter_innen des
37 Landesamtes für Verfassungsschutz zusammen. Robert Kusche (RAA Sachsen e.V.),
38 Sprecher des Netzwerks Tolerantes Sachsen: „Dabei fällt regelmäßig auf, dass die
39 Analysen der ortskundigen Initiativen aufschlussreicher sind als die des
40 Verfassungsschutzes.“ Vor diesem Hintergrund übernehmen wir hier die Forderung
41 des Netzwerk Tolerantes Sachsen: Aufgrund des immensen Vertrauensverlusts in den
42 Verfassungsschutz sollen die Mitarbeiter_innen des Landesamtes nicht länger an
43 Gremiensitzungen zwischen Verwaltung, Sicherheitsbehörden und Zivilgesellschaft
44 teilnehmen.

45 **4. Politische Bildung**

46 Dem Verfassungsschutz wird untersagt, im Bereich der politischen Bildung aktiv
47 tätig zu werden. Für demokratische Bildungsarbeit und politischer Bildung nach
48 dem Beutelsbacher Konsens sowie anderer Standards der politischen Bildungsarbeit
49 sind ausreichend Träger und Netzwerke im Freistaat und darüber hinaus vorhanden
50 und aktiv (u.a. das NDC). Hier fordern wir, diese Strukturen mit einem
51 „Institutionellen Bildungsfonds“ zu unterstützen, in dem Projekte über einen
52 Zeitraum von mindestens 5 Jahren gefördert werden können. Der Fonds soll
53 mindestens 600.000 Euro an finanziellen Mitteln umfassen.

54 **5. Wissenschaft und Beratung**

55 Zudem wird sich durch die SPD Sachsens, sowie des Bundes nachhaltig dafür
56 eingesetzt, dass wir eine noch umfassendere Demokratie-Forschungslandschaft
57 schaffen und regionale Einstellungsstudien zu Demokratie und gruppenbezogener
58 Menschenfeindlichkeit erhoben werden.

59 Aus unserer eigenen Erfahrung wissen die lokalen oder regionalen Beratungsteams
60 der mobilen Beratungsarbeit (z.B. in Sachsen die Mobilen Beratungsteams (MBT)
61 der Kulturbüros Sachsen) sowie die Opferberatungsstrukturen mehr über
62 neonazistische, antidemokratische Akteure und Einstellungen sowie die Gefahr
63 gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Sachsen.

64 Es gibt also Alternativen zum dürftigen Wissensbestand des Verfassungsschutzes.
65 Dieses liegt in der Zivilgesellschaft und den Netzwerkstrukturen wie dem
66 Netzwerk Tolerantes Sachsen, dass es auch schon seit über 20 Jahren gibt.

67 Gleichzeitig gibt es an den Hochschulstandorten Leipzig, Dresden sowie Chemnitz
68 vorhandene Forschungscluster, die zu Demokratie und politischer Devianz
69 exzellent forschen und publizieren und ihre Er. Gerade das neue Else-Frenkel-
70 Brunswik-Institut (EFBI) treibt bundesweite Rechtsextremismus- und
71 Demokratieforschung voran. Das Institut setzt sich insbesondere für den
72 Erkenntnistransfer innerhalb der Forschung sowie zwischen Wissenschaft und
73 Zivilgesellschaft, Fachpraxis, Politik, Medien sowie der Öffentlichkeit ein.
74 Solche Forschungsinstitute sind auch in Chemnitz und Dresden weiterzuentwickeln
75 und auf sächsischer Ebene so zu vernetzen, so dass eine umfassende Forschung und
76 Analyse zu den Problemlagen politischer Devianz und den Herausforderungen der
77 Demokratie entsteht.

78 Dieses Demokratie-Forschungscluster muss sich dann mit der Zivilgesellschaft und
79 ihren Netzwerken sowie der zuständigen Polizei im Bereich Staatsschutz vernetzen

80 und austauschen. Hier ist ein mehrmals im Jahr stattfindender Austausch zu
81 institutionalisieren.

82 Zudem fordern wir die jährliche Erhebung und Umsetzung des Sachsen-Monitors, der
83 in seinen bisherigen Auflagen sehr wichtige Ergebnisse zu der politischen
84 Einstellung von sächsischen Bürger*innen im Bereich Demokratie und andere
85 Themengebiete geliefert hat.

86 Wenn diese Forschungs- und Beratungslandschaft dann im Laufe der nächsten fünf
87 bis zehn Jahre auf- und ausgebaut ist, kann spätestens dann auf die Expertise
88 des LfV in diesem Bereich verzichtet werden.

89 Auf Bundesebene ist die Existenz eines Bundesverfassungsschutzes weiterhin
90 denkbar und vielleicht auch notwendig, wenn auch kritisch zu begleiten. So wie
91 der Militärische Abschirmdienst (MAD) und der Bundesnachrichtendienst (BND)
92 sollte der BfV hier einer nachhaltigen Kontrolle unterzogen werden und auch dort
93 bei seinen Rollen und Aktivitäten immer wieder kritisch beleuchtet werden.

Begründung

94 erfolgt mündlich